

Projekte



Ausgewählte aktuelle Forschungsvorhaben des IAB im Überblick

IAB-SOEP-Migrationsstichprobe eröffnet der Migrations- und Integrationsforschung neue Möglichkeiten

Das IAB und das Sozio-oekonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin führen seit dem Frühsommer 2013 eine gemeinsame Befragung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland durch. Die Umfragedaten der ersten Welle werden im Spätsommer 2014 veröffentlicht. In den Jahren 2014 und 2015 sollen die betreffenden Haushalte erneut befragt werden.

Die Migrations- und Integrationsforschung hat am IAB eine lange Tradition. Das Institut geht nun in Kooperation mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung des DIW Berlin, neue Wege der Datenerhebung. Mit Hilfe der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe werden die Analysepotenziale der Migrations- und Integrationsforschung erheblich erweitert und neue Möglichkeiten insbesondere für die Untersuchung der Arbeitsmarktintegration von Migranten geschaffen.

Das SOEP ist die größte und am längsten laufende Langzeitstudie in Deutschland: Seit 1984 werden jedes Jahr etwa 30.000 Personen in knapp 15.000 Haushalten befragt. Die Daten des SOEP geben unter anderem Auskunft über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Weil jedes Jahr dieselben Personen befragt werden, können nicht nur langfristige gesellschaftliche

Trends, sondern auch die gruppenspezifische Entwicklung von Lebensläufen besonders gut analysiert werden.

Die neue IAB-SOEP-Migrationsstichprobe ist eine Zusatzstichprobe zur regulären SOEP-Befragung und enthält weitere migrationspezifische Informationen, wie zum Beispiel zur Migrationsbiografie, zur Ausbildung und Erwerbstätigkeit in Deutschland und im Herkunftsland sowie zu kulturellen Aspekten und zur Lebenswelt.

Die Zusatzstichprobe umfasst mehr als 2.500 Haushalte, in denen jeweils mindestens eine Person lebt, die selbst zugewandert ist oder deren Eltern zugewandert sind. Diese Personen stammen aus den „Integrierten Erwerbsbiografien“ (IEB) des IAB, eine Datenbasis, die alle Arbeitnehmer, Arbeitslose und

Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Deutschland umfasst.

In der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe werden folgende Nationalitäten überdurchschnittlich berücksichtigt: Haushalte mit Migrantinnen und Migranten aus Polen, Rumänien, den GUS-Staaten, der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, den südeuropäischen Ländern Italien, Spanien und Griechenland sowie Migranten aus arabischen beziehungsweise muslimisch geprägten Ländern.

Die Wissenschaftler beider Forschungseinrichtungen werden die Befragungsdaten – nach Einholung des Einverständnisses der Betroffenen – mit Informationen aus den Integrierten Erwerbsbiografien verknüpfen. Auf diesem Weg entsteht eine neuartige Daten-



Prof. Jürgen Schupp (DIW)



Prof. Herbert Brücker (IAB)

basis, die unter Einhaltung strengster Datenschutzbestimmungen und bei vollständiger Anonymisierung die umfassenden Informationen einer Haushaltsbefragung mit präzisen Arbeitsmarktinformationen verknüpft. Dieses survey-methodisch innovative Teilprojekt wird unter dem Namen „SOEP-REC-LINK“ im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation der Leibniz-Gemeinschaft für drei Jahre gefördert.

Das Migrationspanel wird durch Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der Bundesagentur für Arbeit und von Bund und Ländern im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft finanziert. Wissenschaftliche Leiter des Vorhabens sind Professor Herbert Brücker vom IAB in Nürnberg und Professor Jürgen Schupp vom DIW Berlin.

Projekte aus einzelnen Forschungsbereichen

Forschungsbereich

„Regionale Arbeitsmärkte“

Ist Einwanderung eine Ursache für regionale Disparitäten? Das Projekt **„Heterogeneous Firms and Substitution by Tasks: the Productivity Effect of Migrants“** hat zum Ziel, zu erklären, wieso Zuwanderung die Produktivität in einer Region erhöhen kann. Anhand eines Modells wird gezeigt, dass Zuwanderung zu Lohnkostenvorteilen für einige wenige Firmen führt. Hierdurch hat Zuwanderung einen Effekt auf den Firmen-Mix in der Region. Das Projekt ist Teil des NORFACE-Projekts **„MIDI-REDIE – migrant diversity and regional disparities“**. Dem Netzwerk **„NORFACE“** (New Opportunities for Research Funding Agency Cooperation in Europe) gehören 16 nationale Forschungsförderungsinstitutionen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft an.

Tabelle

Gründe für den Arbeitslosengeld-II-Bezug

Bedarfsgemeinschaften, deren Arbeitslosengeld-II-Bezug zwischen August 2008 und Juli 2009 begonnen hat und die im Juli 2006/2007/2008 keine SGB-II-Leistungen bezogen hatten (Neu- und Wiederzugänge). Gewichtete Anteile in Prozent¹⁾ (Mehrfachnennungen, n=748)

Erwerbsbezogene Ereignisse	
Arbeitslosigkeit oder verringertes Arbeitsentgelt	60,8
Anspruch auf Arbeitslosengeld I ausgelaufen/zu gering	36,9
Gesundheitliche Probleme	4,0
Privatinsolvenz/Geschäftsaufgabe	3,0
Ereignisse im Haushaltskontext	
Wegfall anderer staatlicher/privater Zahlungen	12,9
Anzahl der Personen im Haushalt gestiegen	9,6
Auszug einer Person mit eigenem Einkommen	8,9
Umzug	0,7
Andere Ereignisse	
Vermögen/Ersparnisse aufgebraucht	21,7
Zuzug/Rückkehr nach Deutschland	4,5
Sonstiges	1,4

1) Anteil bezogen auf diejenigen Fälle, die mindestens einen plausiblen Grund angaben („gültige Prozente“).

Quelle: IAB-Panelerhebung PASS, 4. Welle.

©IAB

Forschungsbereich

„Arbeitsförderung und Erwerbstätigkeit“

Umschulungen gewinnen auch im Hinblick auf einen steigenden Fachkräftebedarf in letzter Zeit wieder an Bedeutung. In dem Projekt **„Weiterbildung mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf“** wird untersucht, ob Umschulungen die Arbeitsmarktchancen von zuvor gering qualifizierten Arbeitssuchenden verbessern. Bei der derzeit laufenden Analyse wird unter anderem nach dem Ausbildungsberuf differenziert. Dadurch können detaillierte Aussagen zur Wirksamkeit bei unterschiedlichen Zielberufen getroffen werden.

Forschungsbereich

Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“

Im Rahmen des Projekts **„Wege in die Grundsicherung“** wird der Frage nachgegangen, was Menschen in den Bezug von Arbeitslosengeld II führt (vgl. Tabelle). Dies wird anhand von Daten des Panels **„Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“** erforscht. Es zeigt sich, dass nicht nur kritische Lebensereignisse, sondern auch Merkmale der sozialen Herkunft das Risiko des Zugangs in die Grundsicherung beeinflussen. Arbeitslosigkeit erweist sich zwar als zentraler Einflussfaktor, jedoch tragen Personen aus bildungsfernen Schichten selbst dann ein höheres Risiko, wenn sie erwerbstätig sind.

Forschungsdatenzentrum

Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit im IAB hat zusammen mit dem Cornell Institute for Social and Economic Research (CISER) in Ithaca, New York (USA) mit den Arbeiten zur **Etablierung eines neuen Datenzugangsweges zu den Scientific Use Files des FDZ** begonnen. Ziel des gemeinsamen Forschungsprojektes ist die Entwicklung einer sicheren Rechenumgebung, in der die Scientific Use Files eingebunden werden und über einen Fernzugriff für zugelassene Datennutzer verfügbar sind.

Erhöhen informelle Kontakte, wie sie sich etwa aus einem gemeinsamen Wohnumfeld ergeben, auch die Wahrscheinlichkeit bei demselben Arbeitgeber tätig zu sein? Diese Form, wie soziale Netzwerke im Arbeitsmarkt genutzt werden können, wird in dem gemeinsamen Projekt **„Nachbarschaftseffekte“** des FDZ und der Universität Regensburg untersucht. Geocodierte Prozessdaten des IAB bilden die Grundlage, um für die Metropolregion Rhein-Ruhr kleinräumige Nachbarschaften zu definieren. Erste Ergebnisse zeigen, dass das Zusammenleben von Personen in derselben Nachbarschaft tatsächlich mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, denselben Arbeitgeber zu haben. Weitergehende Analysen beschäftigen sich mit der Richtung dieses Wirkungszusammenhangs – ob vom Wohnungs- auf den Arbeitsmarkt oder umgekehrt – und der Rolle, die dieser Effekt in bestimmten Bevölkerungsgruppen spielt.

Bereichsübergreifende Projekte

Nach Einführung der Hartz-Reformen entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt sehr erfreulich und überstand auch die große Rezession 2008/2009 relativ unbeschadet (vgl. den Artikel „Die Hartz-Reformen aus makroökonomischer Perspektive“ von Sabine Klinger, Thomas Rothe und Enzo Weber auf S. 4 in diesem Heft). Positiven Aspekten wie sinkender Arbeitslosigkeit, steigender Beschäftigung und besserer Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts stehen jedoch auch negative Aspekte wie mehr prekäre Beschäftigung, größere Lohnspreizung und zunehmende Ungleichheit am Arbeitsmarkt gegenüber. Der Forschungsbereich **„Arbeitsmarktprozesse und Institutionen“** untersucht in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Empirische Methoden die Veränderung der **Qualität neu begonnener Beschäftigungsverhältnisse** im Zeitraum von 1998 bis 2009/2010 anhand der Kriterien Lohn und Beschäftigungsdauer. Die empirischen Analysen berücksichtigen individuelle, betriebliche und regionale Merkmale und ermöglichen somit spezifische Auswertungen für Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte oder Beschäftigte in der Zeitarbeitsbranche.

In einer regionalen Fallstudie für Berlin, bei der das Regionale Forschungsnetz und das Forschungsdatenzentrum kooperieren, werden sequenzanalytische Methoden verwendet, um typische Muster von Erwerbs-, Arbeitslosig-

keits-, Maßnahmeteilnahme- und Leistungsbezugsverläufen zu identifizieren. Darüber hinaus wird deren Zusammenhang mit bestimmten Rahmenbedingungen und Ereignissen im Leben von Langzeitleistungsbeziehern untersucht. Ziel des Projekts **„Verlaufsmuster im SGB-II-Leistungsbezug in Berlin“** ist es, einen umfassenderen Einblick in die komplexen Problemlagen im SGB-II-Leistungsbezug zu gewinnen, als dies mit herkömmlichen Kennzahlen möglich ist.

Die im Januar 2011 eingeführten Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien verbessern. Diese neuartige sozialpolitische Leistung fördert Aktivitäten und Angebote im Freizeit- und Schulbereich wie die Teilnahme an der Mittagsverpflegung in Schule, Kindertagesstätte oder Hort, ein- oder mehrtägige Schulausflüge, Schülerbeförderung, Nachhilfe oder Vereinsmitgliedschaften. In dem Projekt **„Evaluation des Bildungs- und Teilhabepaketes“** untersuchen die Forschungsbereiche „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ und „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) zunächst die Kenntnis und Inanspruchnahme der Leistungen und ihre Bestimmungsgründe. Im Anschluss daran geht das Projekt der Frage nach, ob diese Leistungen dazu beitragen, Teilhabedefizite von Kindern und Jugendlichen in Armutslagen zu verringern und neue Bildungs- und Teilhabechancen für die leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen zu erschließen.

Weitere Forschungsprojekte des IAB finden Sie im Internet unter

www.iab.de/de/forschung-und-beratung/bereiche

Neue Arbeitsgruppe „Langzeitleistungsbezug“

Trotz der positiven Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre sind mehrere Millionen Menschen in Deutschland nach wie vor auf Unterstützungsleistungen angewiesen. Die meisten von ihnen erhalten Leistungen zur Sicherung ihres Existenzminimums im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ein Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit findet kaum mehr statt.

Leistungen beziehen einerseits Personen, die seit Längerem aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Sie weisen überdurchschnittlich hohe Risiken und geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt auf, so dass ihre (Re-)Integration in Beschäftigung mit erheblichen Hürden verbunden sein dürfte. Andererseits beziehen auch Personen längerfristig Grundsicherungsleistungen, die entweder nicht arbeitslos sind, aber dem Arbeitsmarkt aufgrund von Erziehungspflichten oder Weiterbildungsaktivitäten nicht zur Verfügung stehen, oder die erwerbstätig sind, aber kein ausreichendes Einkommen zur Versorgung ihres Haushalts erzielen.

Im Oktober 2013 hat das IAB dieses Themenfeld wegen seiner weiter zunehmenden Relevanz zu einem neuen Fokusthema bestimmt und eine neue bereichsübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Sie soll den Austausch über die Forschung zum Langzeitleistungsbezug und zum angrenzenden Themenfeld Langzeitarbeitslosigkeit am Institut organisieren.

Langfristig auf den Bezug von Grundsicherungsleistungen angewiesen oder arbeitslos zu sein, kann bei den Betroffenen zu ökonomischen, sozialen und kulturellen Teilhabedefiziten und Exklusionsphänomenen führen. Dazu gehören materielle Verarmung, soziale Isolation, abnehmende Beschäfti-

gungsfähigkeit oder gesundheitliche Probleme. Auf gesellschaftlicher Ebene kann der soziale Zusammenhalt gefährdet sein.

Um sich dem Phänomen anzunähern, sind zu allererst Begrifflichkeiten zu klären, die im Diskurs über einen längerfristigen Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt und einen längeren Bezug von staatlichen Transferleistungen häufig unscharf verwendet werden. So bedeutet Arbeitslosigkeit nach Definition der Bundesagentur für Arbeit nicht das Fehlen von Erwerbsarbeit, da gleichzeitig eine Erwerbstätigkeit von bis zu 15 Stunden in der Woche ausgeübt werden kann. Wer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnimmt, gilt hingegen nicht als arbeitslos, obwohl keine reguläre Beschäftigung ausgeübt wird.

Des Weiteren sind keineswegs alle Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherungsleistungen arbeitslos und auch nicht zwangsläufig für längere Zeit. Dauerhafter Leistungsbezug kann durchaus mit einer zumindest temporären Erwerbstätigkeit und der Teilnahme an Maßnahmen einhergehen. Er muss somit nicht einen dauerhaften Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt bedeuten. Dennoch signalisiert der anhaltende Leistungsbezug, dass die materielle Lage der Betroffenen eingeschränkt bleibt.

Im Anschluss an die begriffliche und konzeptionelle Klärung steht eine Bestandsaufnahme an, die quantifiziert, inwieweit längerer Leistungsbezug mit längerer Arbeitslosigkeit einhergeht und welche Personengruppen von den einzelnen Aspekten besonders betroffen sind. Nicht nur lang andauernde, sondern auch immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit mit und ohne Unterbrechungen des Leistungs-



Torsten Lietzmann leitet die neue Arbeitsgruppe „Langzeitleistungsbezug“.

bezugs kann die Lebenswirklichkeit der Einzelnen belasten. Dementsprechend befassen sich einige Projekte im IAB mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug auf die soziale Lage, die Gesundheit, die Teilhabemöglichkeiten, die Perspektiven und die Aufstiegschancen der Betroffenen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu identifizieren, welche Personengruppen ein besonderes Risiko für einen längeren Leistungsbezug oder längere Arbeitslosigkeit aufweisen. Daran anknüpfend lassen sich die Ergebnisse der umfangreichen IAB-Forschung zur Wirkung von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Fokusthemas speziell im Hinblick auf Langzeitarbeitslose betrachten. Einzelne Maßnahmen entfalten für verschiedene Zielgruppen durchaus unterschiedliche Wirkungen. Sie können auf der einen Seite Beschäftigungschancen erhöhen und dadurch helfen, Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, welche Instrumente sinnvoll sind, um Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen.

Förderung der beruflichen Weiterbildung durch WeGebAU

Zuschuss kann den Weg in längere Beschäftigung ebnen

Mit dem Programm „WeGebAU“ fördert die Bundesagentur für Arbeit die berufliche Weiterbildung von gering qualifizierten und älteren Beschäftigten. Es verbessert deren Chancen, länger in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu bleiben. Die positiven Effekte variieren allerdings mit dem Umfang der Beschäftigung, dem Alter der Geförderten und der Dauer der Weiterbildung.

Die Beteiligung der Beschäftigten an beruflicher Weiterbildung ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Vielfach nehmen gerade diejenigen relativ selten an Weiterbildungsmaßnahmen teil, die davon besonders stark profitieren würden. Dazu gehören zum Beispiel ältere und gering qualifizierte Beschäftigte. Sie sehen oftmals keine Notwendigkeit, sich weiterzubilden, da sie ihre Kenntnisse für ausreichend halten. Der Umfang an Weiterbildungsaktivitäten schwankt zudem mit der Betriebsgröße. Kleine und mittlere Unternehmen halten sich meist zurück, während größere Unternehmen ihre Belegschaften häufiger weiterbilden.

Mit dem Sonderprogramm „Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ – kurz WeGebAU – stellt die Bundesagentur für Arbeit seit dem Jahr 2006 Mittel bereit, um die betriebliche Weiterbildung von Geringqualifizierten und Beschäftigten ab 45 Jahren zu stärken. Das Programm soll insbesondere das Weiterbildungsengagement von kleinen und mittleren Unternehmen fördern. Ziel ist es, die Qualifikation und damit die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden zu verbessern und ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben zu halten.

Seit dem 1. April 2012 werden auch jüngere Beschäftigte in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten gefördert. Dieser Beitrag beschäftigt sich jedoch mit den Wirkungen von WeGebAU für eine der ursprünglichen Zielgruppen des Programms, nämlich ältere Beschäftigte in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten. Er orientiert sich dabei an einer gemeinsamen Studie der Autorin und des estnischen Ökonomen Ott Toomet.

Laut Gesetz werden Berechtigten Weiterbildungskosten mittels eines Bildungsgutscheins erstattet, wenn sie vom Arbeitgeber für eine externe Weiterbildung von der Arbeit freigestellt werden und dabei Fertigkeiten und Kenntnisse erlangen, die langfristig am allgemeinen Arbeitsmarkt verwertbar sind. Geringqualifizierte stellen bislang zwar die meisten Teilnehmer. Die Förderung älterer Beschäftigter gewinnt jedoch angesichts des alternden und sinkenden Erwerbspersonenpotenzials gesellschaftlich zunehmend an Bedeutung.

Da WeGebAU das erste bundesweite Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist, das Weiterbildung gezielt für Beschäftigte fördert – anstatt bis dato nur für Arbeitslose – stellt sich die Frage, ob die Geförderten besser auf dem Arbeitsmarkt abschneiden als Personen, die nicht in